



Informationen der Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft + Gewerbe des Kantons Solothurn

*Geschäftsstelle: Andreas Gasche · Kantonal-Solothurnischer Gewerbeverband · Hans Huber-Strasse 38 · 4500 Solothurn
Telefon 032 624 4 624 · Mobile 079 629 02 44 · andreas.gasche@kgv-so.ch · www.wirtschaftspolitik-so.ch*

Stellungnahme zu Geschäften der bevorstehenden Kantonsratssession

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Vorstand unserer Parlamentarischen Gruppe hat an seiner Vorstandssitzung vom 21. Januar 2019 die Geschäfte für die bevorstehende I. Kantonsratssession vom 29. Januar 2019 beraten. Wir erlauben uns, Sie über die Empfehlungen des Vorstandes der Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft + Gewerbe zu den einzelnen Vorlagen zu informieren.

11. AD 155/2018 Dringlicher Auftrag interfraktionell: Intercity Halt in Oensingen beibehalten (BJD)

Unsere Haltung: Die Parlamentarische Gruppe W+G diskutiert das Geschäft und nimmt wie folgt Stellung: Die PG W + G empfiehlt dem Dringlichen Auftrag zuzustimmen.

Begründung: Der Bahnhof Oensingen hat ein Einzugsgebiet von über 80'000 Personen. Für viele Arbeitnehmer aus der Region Thal-Gäu ist der Bahnhof Oensingen ein zentraler Knotenpunkt. Mobilitätskonzepte von etlichen Firmen aus der Region basieren auf dem gut erschlossenen Bahnhof Oensingen. Fällt der Intercity Halt weg, können bei der Weiterentwicklung dieser Firmen Probleme entstehen.

Die Region Thal-Gäu hat sich in den letzten Jahren wirtschaftlich sehr gut entwickelt, besser als andere Regionen im Kanton Solothurn. Der Kanton strebt in seinen Verkehrskonzepten einen Ausbau des ÖV an, der MIV stösst an Grenzen. Es ist deshalb unverständlich, dass man nun ausgerechnet die IC-Halte in dieser Region reduzieren will.

12. PI 0137/2018 Parlamentarische Initiative Rémy Wyssmann (SVP, Kriegstetten): Tatsächliche Parität in der Gesamtarbeitsvertragskommission (GAVKO) herstellen (FIKO)

Unsere Haltung: Die Parlamentarische Gruppe W+G diskutiert das Geschäft und nimmt wie folgt Stellung: Die PG W + G empfiehlt grossmehrheitlich, aufgrund des bereits gestarteten Prozesses, auf die Parlamentarische Initiative nicht einzutreten.

Begründung: Das Anliegen von KR Rémy Wyssmann ist grundsätzlich berechtigt. Am 8. März 2016 – also am Sessionstag vor zwei Jahren und 327 Tagen – wurde der überparteiliche Auftrag mit dem gleichen Inhalt wie die PI überwiesen. Umgesetzt wurden in der Zwischenzeit zwar einige Schritte, aber zwischen diesen Schritten sind immer wieder mehrere Monate vergangen. Man merkt, dass sich der Regierungsrat mit der Umsetzung dieses Auftrages schwer tut; allein zwischen der Diskussion eines Fragenkatalogs für eine Studie und der Präsentation derselben in der Ratsleitung vergingen ein Jahr und 4 Monate.

Seitens der Wirtschaft wird erwartet, dass das Thema noch in diesem Jahr (2019) abgearbeitet wird. Darum ist es wichtig, dass die Arbeitsgruppe ihre Arbeit wie geplant im Januar 2019 aufnimmt. Weil damit die Umsetzungsarbeit nun rund 1'000 Tage nach der Überweisung in Angriff genommen wurde, kann auf die PI Wyssmann grundsätzlich verzichtet werden. Allerdings dankt die PG W + G, dass KR Wyssmann das Problem aufgegriffen hat.

13. A 0042/2018 Auftrag Anita Panzer (FDP, Die Liberalen, Feldbrunnen): NRP-Umsetzungsprogramm auch für 2020 bis 2023 (VWD)

Unsere Haltung: Die Parlamentarische Gruppe W+G diskutiert das Geschäft und nimmt wie folgt Stellung: Die PG W + G empfiehlt grossmehrheitlich dem Auftrag zuzustimmen.



Begründung: Die NRP stellt ein sehr wichtiges und effizientes Mittel für die Entwicklung im ländlichen Raum dar. In der Periode 2012 bis 2015 konnten damit unter anderem im Schwarzbubenland (Neues Theater/Infostelle Dornach), im Thal/Schwarzbubenland (Via Surprise) und im Solothurner Jura (Seilbahn Weissenstein) wichtige Projekte realisiert werden. Mit dem letzten Programm wurden zudem auch für die Wirtschaft spannende Initiativen im Bildungs- und Fachkräftebereich angestossen (Rent a Boss, deinberuf.ch, tunSolothurn, etc.).

Der Vorstand der PG W + G ist sich bewusst, dass alle solchen Projekte mit Steuergeldern finanziert werden. Die Unterstützung erfolgt jedoch meistens in Form einer Anschubfinanzierung. Nach Abschluss der Projektphase müssen die Projekte selbsttragend sein.

29. A 0064/2018 Auftrag Fraktion FDP.Die Liberalen: Blockchain-Technologie auch im Kanton Solothurn proaktiv fördern und ansiedeln (VWD)

Unsere Haltung: Die Parlamentarische Gruppe W+G diskutiert das Geschäft und nimmt wie folgt Stellung: Die PG W + G empfiehlt den Auftrag abzulehnen.

Begründung: Im Kanton Solothurn gibt es bereits heute etliche Unternehmen, die sich mit der Blockchain-Technologie befassen und auch entsprechende Projekte umsetzen. Der Vorstoss verlangt aber eine aktive Ansiedelungs- und Förderungspolitik. Bisher hat der Kanton Solothurn jedoch nicht eine Ansiedelungspolitik einzelner Branchen betrieben. Aus Sicht der Wirtschaft sollte er eine solche Politik auch nicht umsetzen. Viel wichtiger ist die Pflege und Weiterentwicklung der klassischen Standortfaktoren. Einen aktiven Aufbau eines Blockchain-Valley im Kanton Solothurn betrachten wir als nicht opportun.

32. A 0114/2018 Auftrag Marianne Meister (FDP.Die Liberalen, Messen): Subventionen an Ausbildungs- und ÜK-Zentren (DBK)

Unsere Haltung: Die Parlamentarische Gruppe W+G diskutiert das Geschäft und nimmt wie folgt Stellung: Die PG W + G empfiehlt dem Geschäft nicht zuzustimmen.

Begründung: Die Begründung des Regierungsrates ist in einigen Punkten unklar. So steht in der Begründung des Regierungsrates, dass die Pauschalbeiträge (ÜK-Beiträge) auf einer Vollkostenrechnung basieren und sämtliche Abgeltungen umfassen, darin sollen auch Beiträge für Bauten und Investitionen enthalten sein. Dem widersprechend sagt der Regierungsrat später in seiner Begründung, dass weiterhin Investitionsbeiträge an Ausbildungs- und ÜK-Zentren mit Standort im Kanton Solothurn gewährt werden. Diese Aussage zeigt auf, dass die Pauschalbeiträge zwar die Kosten der ÜK entlasten, dass aber bei Investitionen und Anschaffungen auf den kantonalen Topf zurückgegriffen werden kann.

Für ÜK-Zentren im Kanton Solothurn – auch schweizerische ÜK-Zentren und davon hat der Kanton Solothurn einige – steht der kantonale Topf für Investitionsbeiträge an Ausbildungs- und ÜK-Zentren offen.

Das Problem in dieser Diskussion ist, dass gewisse Berufsverbände aus qualitativen und quantitativen Gründen gezwungen sind, überkantonale Lösungen zu suchen. Sehr oft muss sich die OdA in den Zentren einkaufen. Hätte sie im Kanton Solothurn gebaut, wäre sie in den Genuss von Subventionen gekommen.

Die heutige Situation ist unbefriedigend. Sie muss aber wahrscheinlich auf Stufe SBBK gelöst werden.

Wir wünschen Ihnen eine erfolgreiche Session.

Andreas Gasche, Geschäftsführer